

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

6. Beiblatt

12. April 1946.

Eine

26/J

Anfrage

Geisslinger, Ludwig, Grubhofer, Dr. Pernter, Rainer, Hinterndorfer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr, betreffend aus rassistischen oder politischen Gründen gemassregelte Bedienstete der ehemaligen Deutschen Reichsbahn bzw. österreichischen Bundesbahnen, lautet:

Die von der ehemaligen Deutschen Reichsbahn bzw. den österreichischen Bundesbahnen aus rassistischen oder politischen Gründen gemassregelten Bediensteten haben ihre Forderungen überreicht. Sie haben nach ihrer Wiedereinstellung zum grössten Teil nicht jene Aufnahme und Behandlung erfahren, die sie in Anbetracht des ungeheuren Unrechtes und der daraus entstandenen körperlichen und seelischen Leiden sowie ihrer und der Familienangehörigen erduldeten materiellen Nachteile von einer demokratischen Verwaltung erwarten dürften.

Gestützt auf das Beamten-Überleitungsgesetz (St.G.Bl.Nr.134 vom 22.8.45) wäre jenen Bediensteten zur teilweisen Schadensgutmachung im folgenden zu helfen:

1.) Anrechnung der in der Zeit der Ausserdienststellung fällig gewesenen Vorrückungen und Beförderungen.

2.) Sinngemässe und liberale Auslegung der Bestimmungen des Beamten-Überleitungsgesetzes durch fiktive Annahmen für die Zuerkennung der Beförderungen, die in der Zeit der Ausserdienststellung zu gewärtigen gewesen wären, wie dies bisher in vereinzelten Fällen bereits gehandhabt worden ist, für alle Gemassregelten.

3.) In Fällen, wo Punkt 2) für eine befriedigende Begünstigung nicht ausreicht, Aufstieg in höhere Gehaltsgruppen durch Versetzung auf entsprechende, von "noch tragbaren", scmit im Dienste verbleibenden Nazi und von anderen Elementen zweifelhafter Gesinnung besetzte Dienstposten, auch bei nur annähernder Erfüllung der Bewerbungsbedingungen, wodurch die Durchdringung mit demokratischem Geiste von oben bis unten gewährleistet erscheint, (Bevorzugte Berücksichtigung der Gemassregelten bei der Postenbesetzung, insbesondere bei leitenden Posten).

7. Beiblatt.

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

12. April 1946.

4.) Rasche Einführung der Geschädigten in den Geschäftsgang durch geeignete Massnahmen.

5.) Verschiebung der Altersgrenze um die Dauer der Massregelung.

6.) Auszahlung der Differenzbeträge an Gemassregelte, wie pro Mai 1945 für die aktiven Bediensteten (auch geflüchtete Nazi!) bereits geschehen oder für die Folgemerkmale noch geplant.

7.) Besondere Unterstützung von Gemassregelten, die durch Bombenangriffe oder sonstige Kriegsereignisse schwer gelitten haben, durch Gewährung von Darlehen oder Beschaffung von Einrichtungs- und Bedarfsgegenständen.

Die Geforderten stellen daher an den Herrn Verkehrsminister die Anfrage, ob und was in dieser Angelegenheit bis jetzt verfügt worden ist.

-----